

Jülicher Volksbote.

Organ für die Interessen der wertthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsabteilung „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Jülicher Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Feiertag) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungskarte Nr. 4099 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorausgeschickt werden, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Mittwoch, den 20. September 1905.

12. Jahrg.

Gießen eine Stadt.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Originalbericht des „Jülicher Volksbote“)

Jena, den 17. September 1905.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag trat heute, Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus zu Jena zusammen. Es ist der 16. seit dem Gründen des Sozialistengesetzes. Erfolge der glänzenden geographischen Lage Jena ist der Parteitag stärker besucht als alle vorhergehenden; besonders die Abgeordneten sind zahlreicher als je vertreten. Der Parteitag stand in corpore anwesend; auch die Abgeordneten Singer und Auer, die dem letzten Parteitag wegen Krankheit ferngeblieben waren, schlen dientmal unter den Mitgliedern der Parteiabteilung nicht.

Die Verhandlungen fanden im großen Saale des Volkshauses statt, der zu den schönen Versammlungssälen in Deutschland gehört. Das Volkshaus ist dankbarlich ein Teil der berühmten Carl-Zeiss-Fabrikation des erst vor kurzem verstorbenen Professor Abbe. Die Überleitung des Saales an die sozialdemokratische Partei konnte keinen Schwierigkeiten begegnen, da sie ausdrücklich im Statut vorgesehen ist und zudem bei der Einweihung des Saales von dem jetzigen Leiter der Zeisswerke Dr. Zeppey zugesichert wurde. Am Eingang des Volkshauses sind zwei durch eine Gedenktafel verbundene Obelisken errichtet. In ihrer Mitte fließt eine rote Fahne mit goldenen Lettern: „Willkommen! — Durch Kampf zum Sieg! — Im Saale ist vom dem alten Jenaer Flaggensturm an den Galerien Abstand genommen worden, dagegen ist die Bühne reich mit rotem Tuch ausgeschlagen. Vor dem Rednerpulte erhobt sich die Statue von Karl Marx, im Hintergrunde der Bühne stehen in einem Erinnerung von Vorbeerbäumen die Bösten Wilhelm Liebknecht und Ferdinand Lassalle. Links in der Ecke steht auf einer Stoffsofie, von einem Vorbeerkanz unabhängt, das lebensgroße Porträt des Prof. Ernst Abbe, des hochsinnigen Stifters und Arbeitersfreundes. Die Wölbung des Saales umspannt eine Draperie, auf der die Namen aller Parteitagsorte und das Karl-Marx-Wort: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ mit goldenen Lettern eingezzeichnet sind. Am andern Ende des Saales, gegenüber der Bühne, schmückt unter einer Brandwand ein großes Plakat mit der Inschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ die Wand.

In der aufwändigen Bewölkung Jena gibt sich ein großes Interesse für die Eröffnung des Parteitages und. Die Galerien und die hinteren Teile des Saales sind von Arbeitern mit ihren Frauen dicht gefüllt. Vor dem Volkshause steht eine vielhaarige Menge, durch die sie die Delegierten nur mit Mühe den Weg bahnen können. Aber auch die Freunde der Sozialdemokratie haben sich bemerkbar gemacht. In der Nacht sind die roten Draperien vor dem Volkshause mit Salzsäure beschossen worden, sobald sie heute in aller Frühe neue hergerichtet werden mussten.

Es sind über 300 Delegierte, darunter etwa 20 weibliche, angemeldet worden, ebenso eine große Anzahl von Gästen. Aus Wien sind Dr. Ellendorff und Emmerlich für die österreichische Reichspartei, Körbler für die niederösterreichische Landespartei erschienen, aus England Astley u. s. f. Nach den Journalistenplägen rückt kaum aus; im ganzen sind 80 Vertreter der Presse anwesend.

In einem der kleineren Nebensäle hat die Ortsgruppe Jena des Arbeiters-Aktionenkundes eine sehr lehrreiche, teils ausgestattete „Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus“ veranstaltet.

Um 7 Uhr wurde der Parteitag mit dem Gefang eines von Friedrich Thiemann gedichteten Vorspruchsgesänge eingeleitet, das von den Arbeitergesangvereinen „Sängerkor“ und „Glockenhütte“ vorgetragen und mit jubelndem Beifall angenommen wurde.

Dann begüßte Leber Jena namens des Jenerer Volksomitees den Parteitag. Er sprach der Partei den Dank für die Abhaltung des Parteitages in Jena aus und hieß die Delegierten herzlich willkommen, einen Hinweis auf die Schönheit des Versammlungssaales anfügend. Obwohl aber der Parteigroßvater dieser schönen Saal zur Verfügung stehe, sei der Kriegsgeist in Jena doch nicht weniger heftig zu führen gewesen als in anderen Orten. Wenn die Arbeiterbewegung in Jena trübsam erfreutlich vornimmt gegenwärtig sei, so sei das die Folge stets obwaltender Elan zwischen den beiden großen Armeen der Arbeiterbewegung, der politischen Partei und den Gewerkschaften. (Bravo) Das Volkshaus verdankt Jena den erst kürzlich verstorbenen Professor Abbe, den jetzt nach seinem Tode viele für sich reklamieren, der aber im Leben nichts mit jenen Leuten gemein hatte, die die heutige Drang für richtig halten und daran nichts ändern wollen, daß auf der einen Seite

der Reichtum, auf der anderen die Massenarmut stetig wächst. Abbe sei kein eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen, aber jedesmal habe er mit den Arbeitern gegen jedes Urrecht und jede Unterdrückung Schüler an Schüler gestanden und die Arbeiter, falls sie einmal beim Erlahmen nahe waren, zu neuem Vorgehen angestpornt.

Bebel erläutert an die klärende Abbe und der Jenerer Arbeiterschaft gegen das Ministerium v. Wurmb, das jede Versammlungsfreiheit unterdrückt und sogar Versammlungen mit dem harmlosen Thema „Wie der Großvater die Großmutter nahm“ (Große Heiterkeit) unmöglich mache. Er erinnerte an die letzten Wahlkämpfe und den Vertrag der Münchner Sozialdemokratie, die dem nationalsozialistischen Aggressor und Fleischverkäufer Lehmann zum Siege verholfen haben, und ging dann auf die Geschichte des Partei in Jena ein. Jena sei für die Partei ein historischer Boden, seit in den frühen Jahren habe man Fortschritte gemacht. Aber Jena sei sonst historischer Boden. 1806 sei hier das preußische Kaiserreich mit dem Nationalrat zusammengezogen. Die Gegner erhofften vom diesjährigen Parteitag ein Jena für die Sozialdemokratie. Der Parteitag werde diese Hoffnungen zu Stande machen und, wenn auch Differenzen hier und da bestehen, doch Beschlüsse fassen, die die Partei durch neue Kämpfe zu neuen Siegen führen werden. (Langanhaltender Beifall.)

Immanz der Parteileitung nimmt sodann August Bebel, lärmisch begrüßt, das Wort. Er dankt den Jenerer Freunden für den freundlichen Empfang und führt dann fort: Allerdings hat hier die Partei erst in den letzten Jahren ein Feld gewonnen. Aber schon vor 36 Jahren habe ich hier auf Einladung ehriger Freunde, vor allem des Dr. Eh und des Professor Abbe, vor einer erlauchten Versammlung von lauter Professoren, Doktoren und Studenten eine Rede gehalten. Ich habe mir Mühe gegeben, sie möglichst gut zu halten (Heiterkeit), aber ich glaube nicht, daß ich uns damals hier neue Anhänger geworben habe. Auf vielen Reisen hierher habe ich dann noch den Mann näher kennen gelernt, dem mein Vorvater soeben Worte der wärmsten Anerkennung gewidmet hat. Ich habe den treiflichen Mann kennen gelernt als Mensch, als Parteimann und vor allem auch als Mann der Wissenschaft, in der er ein erster Stern seines Faches war.

Aber wenn auch nicht auf partehistorischem Boden, so stehen wir doch hier auf historischem Boden. Hier wurde vor fast 100 Jahren der preußische Staat, der seit der Zeit Friedericks des Großen ganz in der Gewalt des Junkertums war, zertrümmert und zerstört. Als am 14. Oktober 1806 bei Jena und Auerstädt das alte Preußen in Stücke zerstört wurde, da zeigte sich das preußische Junkertum in seiner ganzen Feindseligkeit und Grausamkeit, da übergab es widerstandloses alle Festungen, doch in der festigen, elenden Weise vor Waterloo zu Kreuze. Wie schnell vergaß nach 1815 das Kaiserreich diese Ehre! Bald war das Junkertum wieder im Besitz der vollen Macht und machte sie nach Jena auf Kosten des Volkes. (Sehr wohl!) Das Kaiserreich zeigte sich 1848/49 wie nach 1871 unfähig, die günstigsten Situationen für sich auszunutzen. Nicht macht es selbst die Lebensmittelverteuerung, den ganzen Volkswucher mit; dann es sieht jetzt im Junkertum seinen letzten Halt, seine letzte Stütze. (Sehr wohl!)

Als wir auf dem letzten Parteitag zusammen waren, wütete noch im fernen Osten der schreckliche Krieg. Unaufhörlich hat seitdem das russische Hauptenregiment, ein Regiment, wie es schwachvoller und schadbarer nie bestanden hat, Schläge erhalten, ist das große russische Kaiserreich vor dem die bessere Regierung wie ein Schuhputzer auf den Kanten gerutscht (Lebhafte Phantasie), von dem kleinen Japan schließlich geschlagen worden. Das sind folgerichtige Ereignisse. Endlich ist auch der Osten der Welt der modernen Kultur erschlossen worden, ist bereit, eine entscheidende Rolle in der weiteren Entwicklung der Welt zu spielen. Aber weiter hat der Friede von Portsmouth und das schiedsrichteramt in Europa genommen, das es durch den Krieg von 1870/71 gewonnen hatte. Möchte es auch unseren Freunden in Russland, den Intellektuellen und der gesamten revolutionären Bevölkerung, noch nicht gelingen, Russland in einen halbwegen modernen Kulturstaat umzuwandeln, so war Russland jedenfalls, wie Preußen nach Jena, gezwungen, neue Bahnen zu wählen.

Aber diese für uns so günstige Situation ist durch das unglaubliche Ungeheuer unserer Staatsmänner in ihr Gegenheit verkehrt worden. Die Kraft des alten Bundes war nach den jüngsten Kriegsergebnissen auf unabsehbare Jahre hinaus zum mindesten latent. Da hat man es verstanden, durch einen Schlag das bessere Verhältnis mit Frankreich zu vernichten und England zur Bundesgenossenschaft mit Frankreich geradezu zu zwingen. Das ist die famose Folge unserer Marokkopolitik, der Nesse nach Tanger, der Drohungen und Anfragen an den Generalstab, ob er gefüsst sei, die ge-

richten, in Frankreich den Glauben an die Fahrt eine Neverfahres allgemein zu machen, möchte auch Deutschland keineswegs erstaunt zum Urteil entschlossen sein. Jedermann haben diese Vorwürfe gezeigt, wie das Geschick der Volks noch an Zweckabsichten hängt, wie trotz aller Demokratisierung der Sitten die Herrschenden noch immer glauben, despotic über das Geschick der Völker entscheiden zu können. Deutschland steht in der Welt ganz vereinzelt. Russland läßt sich wohl alle unsere Dicke gefallen, aber denkt nicht daran, uns zu denken. Muß doch jetzt für Russland die Frage nach dem Vorphorus und dem Besitz der Memel- und Weißselmündung wieder klar werden. (Hört! hört!) Nach dem Naturtal der maßgebendsten Verhältnisse sehe ich aber keine Möglichkeit, und bleibe ungünstigen Stellung Deutschlands herauszufordern. Dabei wird im Inneren die Reaktion immer mächtiger und unverschämter. Ueber die Fleischnot, von der Millionen und Übermillionen in ihrem Lebens- und Getrockneten werben, wird von der Ministerstelle aus in die schwindigsten und fehlsten Weise gehöhnt und gespottet.

In Hamburg und Bielefeld wird den Arbeitern das Wahlrecht verwehrt, die Mächtigsten gegen das Reichstagswahlrecht sind im vollen Gange. Wie sind nicht über den Berg, wie stehen noch vor ihm. (Sehr richtig!) Darum müssen wir immer mehr die Masse des Proletariats in unsere Reihen hinzuziehen, um sie alle kommenden Kämpfe gerüstet zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Das wird als leitender Gedanke auch unsern Parteitag beherrschen.

Wer auf ein Jena unserer Partei gehofft hat, hat als Narr gehofft. (Lebhafte Beifall.) Wohl sind unter uns Geigenhände in wichtigen Fragen vorhanden, aber wir können die Kämpfe in einer Form führen, die nicht immer größere Verwirrung und Unruhe unter den Parteigenossen lässt. (Stürmischer Beifall.) Die Differenzen lösen und sollen nicht ausgeschlagen werden, aber wir brauchen den Streit nicht zum Gaudium für unsere Freunde und Gegner zu führen. (Sehr wahr!)

Wir hoffen mit größter Bestimmtheit, daß dieser Parteitag der Welt zeigen wird, daß sich die deutsche Sozialdemokratie ihrer historischen Mission voll bewußt ist. In diesem Sinne erkläre ich den 16. Parteitag seit dem Falle des Sozialistengesetzes für eröffnet. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich wie folgt: Zu Vorsitzenden werden Singer-Berlin und Leber-Jena einstimmig gewählt.

Singer übernimmt, von stürmischem Beifall begrüßt, den Vorsitz. Er versichert, daß er wie Leber bemüht sein wird, die Verhandlungen in dem von Bebel gewünschten Sinne zu führen. Die Ziele und Prinzipien der Partei werden aus den Verhandlungen in unverfälschter Reinheit hervorgehen und die bestehenden Differenzen werden in einer der großen Partei würdigen Weise ausgeschlagen werden. Die Gegner hoffen auf ein Jena der Partei, zeigen wir der Welt, daß alle diese Hoffnungen an dem starren Block, den unsere Partei bildet, an dem unerschütterlichen Willen der Freunde, unsere Prinzipien zum Siege zu führen, zerstört werden. (Großer Beifall.)

Es werden sodann die Schriftführer und die Mitglieder der Maatschaftsprüfungskommission gewählt. Die Tagungszeit wird von 9-1 und 3-7 Uhr abgerundet.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. Die Parteiorganisation.
Berichterstatter: v. Böllmar.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatter: Molkenbuhr, Gerisch.
3. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
Berichterstatter: H. Förster.
5. Die Maatsch.
6. Der politische Massenstreit und die Sozialdemokratie.
Berichterstatter: A. Böbel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Die Tagesordnung ist unverändert geblieben; nur der Berichterstatter ist an erste Stelle gerückt. Alle Anträge auf Änderung der Tagesordnung wurden entweder nicht genügend untersucht oder zurückgewiesen. Auch der Antrag, die Weltpolitik zu behandeln, wurde nicht aufrechterhalten.

Geaprochen wird noch der geplante Ausflug nach der Lichtenburg, gegen den die altenburgische Regierung Stellung gerommt hat. Singer meint, die Altenburger Regierung wolle offenbar die Parteitagsdelegierten am liebsten dem Hungertode weihen, sie habe offenbar sich einen Nachfolger holen wollen und das sei ihr glänzend gelungen. (Bei-

(Stimmung.) Der Parteitag sage ihr für die letzten Minuten, die sie ihm bereitet, herzlichen Dank.

Gute Zeit ist, soll Mittwochabend ein Ausflug nach Dornburg gemacht werden.

Schluss der Versammlung 8½ Uhr.
An die Verhandlungen schließt sich ein von den Zentralgenossen vorgebotener Empfangskommittee.

Ester Tag. Vormittagssitzung.

Jena, den 18. September 1905.

Nurz nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen. Er begrüßt die Delegationen der Überparteien. Außer den bereits gestern erwähnten sind noch anwesend: Johann und Moth aus Podz als Vertreter der deutschen Organisation Russisch-Polens und Litauens, Ulrich mit und Menzel aus Holland. Singer versichert all den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien des Auslandes, daß die deutsche Sozialdemokratie die Pflege der internationalen Solidarität stets für ihre erste Pflicht gehalten hat und sich eins weiß mit dem Proletariat aller Länder. (Beifall.)

Reichsratsabg. Dr. Ellenhagen. Wien: Ich brauche Ihnen unsere Teilnahme an Ihren Verhandlungen nicht noch einmal zu versichern. Aber ich glaube doch, daß Sie sich noch keine rechte Vorstellung machen, wie sehr uns jede Wahl, jeder Prozeß, jede halbwegs wichtige Reichstagsitzung in Deutschland interessiert, gleich als ob es unsere eigene Sache wäre. Freilich mit der wilden Sehnsucht der Alldenten nach der deutschen Regierung ist unsere tiefinnere Anteilnahme nicht zu verwechseln. Andererseits glaube ich nicht, daß Sie das gleiche Interesse für uns haben können. Ein vollkommenes Widerspruch wie Österreich bleibt nicht nur für Österreich wie für Russie gleich geheimnisvoll, sondern tödet auch allmählich alle Anteilnahme. Wie ungern unsere Zustände sind, das mögen Sie daraus erschen, daß die Großmachtfeststellung Österreichs, die ganze Existenz des Staates davon abhängt, ob ein Rekrut hier oder Jelen antwortet und daß wir diese lächerlichen künftigen Fragen ernsthaft behandeln müssen. Und doch, wenn wir sehen, was wir aus diesem öden, sterilen Boden gewonnen haben, so müssen wir uns manchmal beinahe selbst bewundern. (Heiterkeit.) Gegenüber dem Unrat, der Lächerlichkeit der bürgerlichen Parteien in Österreich sind wir das einzige Gesunde, Lebensfähige, Dauernde. Deshalb achtet man uns über unsere Rivalen hinaus. (Bravo!) Man verfolgt uns nicht, man konfisziert uns nicht (Heiterkeit), wir genießen in Österreich eine Freiheit, wie man sie sonst nur in Amerika kennt. Unseren Ausführungen im Parlament sehen die Minister mit einem schlechten Gewissen, mit der größten Vorsorge entgegen. Jetzt hat sich das vorfindslitische Amphibium, die Hofsamarilla, wieder gezeigt. Eine fromme Katholikin hat wahrscheinlich auf Veranlassung eines der zahlreichen Pfaffen am Wiener Hofe das ungarische Ministerium bitten lassen, das bereit war, dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu geben. Ich rufe schon jetzt Herrn von Gauths zu: Bei Philipp seihe wir uns wieder. Sie haben ja schon Proben gehabt, wie wir mit den Ministern reden. (Heiterkeit.) Sowohl Herr v. Gauths wie seine Hintermänner und — Damen (Gr. Heiterkeit) werden von uns im Reichsrat eine tüchtige Abteilung erhalten. Österreichische Minister stehen nicht so fest, daß sie sich den Vorwurf einer unehrlichen Provokation der Sozialdemokratie leisten könnten. Bei all der Erfahrung Österreichs war die starke, kräftige, blühende deutsche Sozialdemokratie unter Trost und unserer Freude. Daß es so bleiben möge, ist unser unangefochtener Wunsch. (Lebh. Beifall.)

Asle w. London grüßt den Parteitag als den Vertreter einer erst schwachen sozialdemokratischen Partei. Aber jetzt werde es hoffentlich vorwärts gehen, da durch die englische Bourgeoisie das Gewerkschaftsrecht zertifiziert werde. (Bravo!)

Menzel. Amsterdam: Die holländische Arbeiterpartei, deren Heimat die deutsche war, hat sich jetzt, obwohl die Besimmen ihr langjährige Blutarmut prophezeit, zu einem kräftigen Jungling entwickelt. Bei den letzten Wahlen haben wir Stiche nehmen können für die niedrige, grausame Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks. Soeben kommt es von einem prachtvoll verlaufenen nationalen Streik für das allgemeine Wahlrecht, das Sie ja schon haben. Wenn Sie später über die Mittel zu seiner Verteidigung beraten, werden Sie sich, davon bin ich überzeugt, von vertrauensseligem Optimismus ebenso fern halten wie von der verderblichen anarchistischen Praktologie. Im Zeichen der revolutionären Sozialdemokratie wird das internationale Proletariat schließlich siegen. (Lebhafte Beifall.)

Schönn. Podz: Noch in vier fließt Blut im Kampf der russischen Arbeiter gegen den Absolutismus, so heute wie gestern. Aber das Proletariat weiß nur eines: die Notwendigkeit des Kampfes. Unermüdlich kämpft und agitiert in Polen, Russland die Arbeiterschaft auf der Straße, in den Höfen und in den Wählern, und wir wollen hoffen, sie wird endlich siegen. (Stürmisches Beifall.)

Bors. Singer begrüßt noch als Gast den Genossen Rapaport, Mitglied des Nationalrats der Parti socialiste de France, und vorliest die eingegangenen Begegnungsschreiben und Telegramme, u. a. von Friedrich Lehner-London, vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Luxemburg, Belgien, Dänemark, Italien, vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund, vom deutschen Arbeiterverein in Johannesburg und von zahlreichen deutschen Parteiorganisationen.

Danach tritt der Parteitag in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Ester Punkt ist nach dem gestrigen Beschlüsse:

Die Parteiorganisation.

Auf Vorschlag des Bors. Singer werden, da noch eine neue Kommissionserarbeitung zu erwarten sei, alle eingelassenen Anträge mit zur Debatte gestellt.

Referent Abg. v. Böllmar kündigt zu Beginn seines Berichtes an, daß er außerordentlich lange reden müsse, sollte mehr bekannt werden, als schon ohnehin im gedruckten Bericht steht. Er wolle rein referierend einige aus den Verhandlungen der Kommission mitteilen und ihre Ansicht zu den inzwischen eingelaufenen Anträgen vorlegen, so weit die Vor-

läufe in der Kommission gehabt hätten. Von Anfang an aber dankt Böllmar für die vorsichtige Mitarbeit der gesamten Partei am neuen Statut, die gezeigt habe, daß die Genossen an ihnen wichtig erscheinenden Fragen auch tatsächlich mitzuwirken wissen.

§ 1 des Statuts bestimmt die Voraussetzungen der Parteigemeinschaft. Ein Antrag (Sachsen 4) will auch die "Vertretung an der praktischen Arbeit" darunter ziehen, doch gibt die Kommission zu beehren, daß oft die besten Genossen sehr gegen ihren Willen sich, gegangen durch die Verhältnisse, von der praktischen Arbeit fernhalten müssen.

Bei § 2 liegen Anträge vor, bei den Ausschlußgründen das Wort „ehrloser Handlung“ zu bestimmen. Böllmar giebt zu, daß diesem Antrag ein richtiges Gefühl zugrunde liege; gewiß sei das Urteil variabel, ob eine Handlung ehrlos sei, nicht immer leicht, man werde jeden Einzelfall ruhig prüfen müssen. Eine Erweiterung der Ausschlußgründe sei verschiedentlich beantragt, z. B. für den Fall wissenschaftlicher Anschuldigung gegen einen Parteigenossen oder für den treulosen Verhältnisse im Wahlkampfe. Doch müsse hierbei wie schon jetzt auch in Zukunft entschieden werden, ob eine grobe Verletzung der Parteigrundsätze vorläge oder nicht. Man kann auch nicht jedes Vorschlag, der „gegen die Beschlüsse des Parteitages“ hande. Denn mit denselben Recht müßten auch die ausgeschlossen werden, die gegen den Beschluß ihrer Organisation gehandelt oder den Pflichten gegen die Organisation einmal nicht nachgekommen seien. Das führt zur Spaltungsfreiheit und Verlegerungssucht. Neben der straffen Disziplin sei die Sozialdemokratie doch auch die Partei der Freiheit. (Sehr wahr!) Dass kirchlich nur eine Organisation den Ausschlußantrag stellen dürfe, hat die Kommission widerspruchlos beschlossen. Bisher sei es tatsächlich vorgekommen, daß die Scheidsrichter aus allen Teilen Deutschlands herbeigeholt worden seien. Das sei schon finanziell auf die Dauer schwer erträglich. Die jetzige Beschränkung auf den Bezirksverband konstituiere freilich eine Ungleichheit, da es ganz kleine und riesig große Bezirke geben werde. Dem Angeklagten werden statt der bisherigen zwei Wochen vier Wochen Beweisfrist gegeben. Das dürfte keinem Widerspruch begegnen. Die Wiederaufnahme soll wie bisher nur durch den Parteivorstand erfolgen. Die reine Wiederaufnahme durch die Ortsorganisation würde Streitigkeiten vor und Uhr öffnen. Doch sei ein Vorverfahren außerhalb der Organisation zu erwägen. Wenn schließlich gefordert werde, die Ausschlußbestimmungen an den Schluss zu stellen, so sei ein Abbrechen der Beschlüsse über die Parteizugehörigkeit nicht wünschenswert; doch werde sich vielleicht, wenn es allgemeiner Wunsch sei, eine Form dafür finden lassen.

Grundlegend sei § 7, mit dem die bisherige lose Organisation verlassen und der Wahlverein zur Grundlage der Organisation gemacht werde. Widerspruch dagegen habe nur Schamburg-Lippe erhoben, hingegen fanden viele Stimmen die Vorschriften noch nicht zwingend genug. Von diesen Wahlvereinen sollen die Ortsvereine nur Sektionen sein, nicht sie das Primäre, und der Wahlverein nur ihr Zusammenschluß.

Die §§ 10—13 enthalten die wichtigsten Neuerungen in der Organisation. Die Gegenseite in der Kommission zeigten sich erstaunlicherweise viel weniger groß als sonst in früheren Parteitagsdebatten, es möchte sich allgemein ein Entgegenkommen und Streben nach Vereinbarung gelöst. Wohl machte sich theoretisch in der Kommission die Ansicht geltend, am besten sei ein einheitlicher Betrieb über ganz Deutschland. Aber praktisch konnten wir nicht die ganze Parteiorganisation in das Beleben jedes preußischen Polizeiministers stellen, das dann mit einem Feuerstück hätte besiegeln können. Zugemusten wir an das historisch gewordene anknüpfen. Auf der anderen Seite hat die Gegenpartei eine weiteres zu gegeben, daß die Entwicklung der Partei einer engeren Zusammenfassung der Parteiaffäle notwendig mache. Nur meinten sie, zeigten die einzelnen Teile Deutschlands so erhebliche Unterschiede, daß die Partei auch den einzelnen Ländern Freiheit geben müsse, ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen. So nahm man wohl einstimmig die Landes- und Bezirksoorganisation an, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die Bezirke nichts Besonders, nichts Sonderbares sein sollen, ja, wo dies empfehlenswert erscheint, selbst mit den Landeskörnern zusammenfallen können. Natürlich ist all das nur möglich, wo die geistlichen Voraussetzungen bestehen, aber dort konkretisiert das neue Statut meist auch nur, was tatsächlich schon geworden ist. Deshalb gehen die Anträge auf Streichung der Landesorganisation von irgendeinen Voraussetzungen aus; die Bezirks- und Landesverbände sollen durchaus in der Lage sein, selbständige lokale und territoriale politische Arbeit zu leisten. Einen wöchentlichen Beitrag für ganz Deutschland für Stadt und Land festzustellen, war nicht möglich. Nebenbei ist der Antrag, daß alles Geld von den Lokalorganisationen an die Zentrale noch Berlin geschickt werden soll. Da würde wohl auch nicht viel hinkommen. (Güterkeit und sehr richtig!) Ob wir nun über 10 oder 25 Proz. als abzuführende Summe festsetzen; jedenfalls müssen wir die Parteiaffäle auf eine andere Grundlage stellen und das neue Prinzip feststellen. (Zustimmung.) Ob die Verwendung der Gelder ebenso wie die Berichterstattung direkt von den Wahlvereinen oder durch die Bezirks- und Landesorganisationen erfolgen soll, kann zweifelhaft sein. Die Kommission hat sich für das erste entschieden, doch seien wir in Beieren die Übergebung der Gau als eine sehr häufige Ausschaltung der Zwischenorganisation und einen Alt unzureichenden Missbrauchs gegen sie an.

Noch § 11 sollen die Vertrauenspersonen erhalten bleiben. Das hat sehr lebhafte Widersprüche gefunden. Wir haben aber Rücksicht auf die zurückgebliebenen Landesstellen genommen. Indessen gebe ich zu, daß die Hoffnung auf übergrößer Voricht etwas unklar geworden ist, vielleicht ist es klarer, wenn ausgesprochen wird, daß in der Regel die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Vertrauensmänner sein sollen. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Vertrauensmänner „Procuratoren des Vorstands“ gegen Bezirks- und Landesorganisation sein sollen. Das neue Institut der weiblichen Vertrauenspersonen ist auch da den Frauen gegeben worden, wo die Frauen vereinsrechtlich gleichberechtigt sind. Die Wahl dieser weiblichen Vertrauenspersonen ist nicht vollständig gelassen, sondern steht vorgeschrieben worden.

Damit komme ich zu den Bestimmungen der Parteitage. Als wir im Jahre 1890 das Delegationsrecht zum Parteitag überhaupt eingeschränkt hatten, haben wir uns angefangen über die überwiegenden Bedeutung der Wahlorganisation der nunigen und ungerechten Wahlkreiseinteilung gefügt. Daher das Streben nach einer proportionalenVerteilung gemäß der Zahl der Organisationen oder der abgegebenen Stimmen. Doch stellen sich all den gemachten Vorschlägen hierfür grobe Hindernisse entgegen. — Der Referent erläutert diese eingehend bei allen genannten Vorschlägen. — Die Uebernahme der Kosten für die Parteitagsdelegation hat die Kommission abgelehnt.

Viele Erörterungen hat das Vertretungsrecht der Delegiertenabgeordneten hervorgerufen. Man hat diese Fragen berügt, um Stärkung gegen die parlamentarische Vertretung überhaupt zu machen, sie als „formlose Masse“, „hunstlerische Gesellschaft“ hinzu stellen, die ihren „illegalen Einfluß“ auf „parteiähnliche“ Weise geltend zu machen drohen. Glauben Sie nicht, daß ich solcher Schreiberei Bedeutung helle, noch viel weniger, daß ich mich darüber aufregen oder entzünden. Über es jetzt vor, wie die Urheber solcher Anträge mit den offensichtlich gesetzlosen Tatsachen umspringen. Über welch doch genau, daß die Kandidaten für das höchste Parteiamt von den zuständigen Organisationen aufgestellt werden, mindestens unter denselben Kautelen wie bei der Wahl der Delegierten. (Sehr wahr!) Aber gewisse Kreise schätzen die Zukunftsaugen; die parlamentarische Vertretung auf dem Parteitag als Machtmittel gegen Elemente anzusehen, die man, wenn man es in der Fraktion nicht kann, wenigstens auf dem Parteitag los sein möchte. Lediglich hat die Kommission sich fast einstimmig für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes entschieden. Sie sieht es mehr als eine Pflicht, wenn als ein Recht der Abgeordneten an, auf dem Parteitag zu erscheinen, will der Fraktion die schwierige Wahlwahl, ein Viertel ihrer Mitglieder zu ihrer Vertretung auszuwählen, erparieren, und welche Lieber, als diesen Zwischenstand in der Fraktion zu wagen, die Vertretung der Reichstagsfraktion gänzlich gestrichen seien. (Sehr gut!)

Lebhafte Diskussion hat dann noch die Bestimmung hervorgerufen, daß der Vorstand bei der Aufstellung der Reichstagsabgeordneten in Streitfällen entscheiden soll. Doch soll von dieser Bestimmung möglichst wenig Gebrauch gemacht werden. Sie ist nur getroffen ist Fälle, in denen die Beteiligten gar keinen Rat und Ausweg mehr finden können. Die Kommission hat diese Bestimmung ohne jede Beschränkung abgelehnt.

Nun liegt von den Beiträgern noch der Antrag vor, den „Vorwärts“ zum reinen Lokalorgan zu machen. In der Kommission, in der doch Berlin auch vertreten war, hat man davon nichts gehört. (Sehr wahr!) Wenn aber in einer Bremer Versammlung jüngst geglaubt wurde, dadurch würden die Reibungsflächen beseitigt werden und unerlässliche Befreiungspolen entstehen, so bewundere ich den Ton des von Vertrauensfertigkeit in Bremen, kann sie aber in keiner Weise teilen.

Im ganzen, glaube ich, hat die Kommission das Richtige getroffen und eine gute Grundlage für ihre Beratungen gefunden. Unebenheiten wird die Beratung und später die Praxis zu glätten versuchen. Mit Auer, der 1900 Referent über die leiche Änderung der Organisation war, kann ich schließen: „Überzeugen Sie den Wert der geschriebenen Formeln nicht. Nicht auf die Buchstaben der einzelnen Paragraphen kommt es an, sondern auf den Geist, der die Sammlung durchzieht und die Bewegung durchsetzt.“

Auch ich hoffe, daß unser Streben, den Gegnern geschlossener entgegenzutreten, zu Erfolgen führen wird, die der großen Masse der Parteigenossen zu nützen geeignet sein werden. (Lebh. Beif.)

Obwohl es noch nicht ganz 1 Uhr ist, wird auf Antrag Singer die Debatte auf den Nachmittag verschoben.

Über die Nachmittagssitzung liegt folgender telegraphischer Bericht vor:

Die Sitzung wurde vollständig mit der Diskussion über das Organisationsstatut ausgefüllt. Es kamen etwa 20 Delegierte zu Wort, von denen sich die große Mehrheit mit dem Grundsatz des neuen Statutenentwurfs, der strengen Zentralisation, einverstanden erklärte. Ausschließungen wurden eigentlich nur von hessischen und einigen süddeutschen Rednern gemacht, die eine Schwächung oder gar Ausschaltung ihrer Landesorganisation befürchteten. Zahlreiche Redner behandelten die Frage der künftigen Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag. Die Mehrzahl sprach sich gegen den jetzigen Zustand, also gegen die volle Vertretung der Fraktion aus. Meistens wurde das jetzige Recht der Fraktion als Vorrecht bezeichnet, das sonst konsequent auch den Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten eingeräumt werden müßte. Die direkte Geldabführung an die Zentralstelle und die direkte Berichterstattung an den Vorstand aus den einzelnen Wahlkreisen wurde fast allseitig gebilligt.

Im Mittelpunkt des Interesses stand der Antrag der Berliner, den „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan zu entziehen.

Wels-Berlin begründete den Antrag mit dem Hinweis, daß die Berliner Parteigenossen nicht den gleichen Einfluß auf die Blatt haben, wie die überwiegenden lokalen Parteorganisationen. Die Partei brachte kein Zentralorgan. Der Vorstand habe das Zentralorgan bisher nicht geltig beachtet.

Zubell und auch andere Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus. Gestreift wurde dabei natürlich auch die jüngste Preisspolitik.

Bebel belämpfte namens des Vorstandes und der Kontrollenrechte lediglich den Antrag. Die gegenwärtige politische Situation mache für den Vorstand ein Zentralorgan in Berlin unabdingt nötig. Die Berliner Genossen hätten statutengemäß genügenden Einfluß. Der Vorstand dürfe aber nicht bitten müssen, wenn er etwas im „Vorwärts“ veröffentlichte. Die Zustände in der Redaktion seien allerdings nachgerade unerträglich geworden. Bebel versprach die baldige Abstellung von Missständen. Die Zustände müßten erst einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, ehe man eine Radikalität vornehmen könnte.

Ein Schlußantrag wurde angekommen.

Wegen der Fülle neu eingegangener Anträge wurde der Statutenentwurf mit sämtlichen Abänderungsanträgen der alten Kommission mit einigen notwendig gewordenen Ergänzungen zu nochmaliger Beratung überwiesen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Deutschland's Zeitungen.

Wochenschatz.

In Essen hat die Wahlbewegung gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht. Es finden an einem Tage 30 bis 40 Versammlungen statt. Am Sonntag hielten unsere Genossen allein 18 Wählerversammlungen ab, nachdem es ihnen willkürlich mit großer Macht gelungen war, die Werte zur Freigabe ihrer Befreiung zu verhindern. Auch die Gegner arbeiten jetzt mit Nachdruck, das Zentrum hat seine ersten Kräfte herangezogen. Der einflussreiche „Höhpunkt“ erreichte der Wahlkampf in einer Versammlung der „Nationalen“ im Evangelischen Vereinshaus Essen. Zu derselben hatte sich der „christlich-soziale“ Behren mit einem starken geschlossenen Trupp seiner Anhänger begaben. Es entspann sich eine richtige Wahlkampftat! Der Unschlüssigkeit gleichgültig, genug, bald entstand ein fürchterlicher, wütender Spaltakt! Mit Stößen, Regenschirmen, Stühlen und Biergläsern schlugen und stießen die „Nationalen“ und „christlich-sozialen“ aneinander los! Die rüdesten Schimpfworte, wie zum Beispiel, Sänger, Spiebuk, Gauner, Hallunte schwirrten durch die Welt, daß Höhe war unbeschreiblich. Die unbekümmerten Presseberichterstatter hatten Mühe, aus dem Katastrophen zu kommen. Der evangelische Pfarrer Hesse, der von evangelischen Arbeitern und Bürgern aufs ärgste beschimpft wurde, mußte über die Bühne flüchten, sonst hätte er Schläge bekommen! Der „christlich-soziale“ Stöder jüngling Behrens war „mittendrin“, ein „christlich-sozialer“ Schneidermeister schlug wie ein Wilder um sich, so daß Stühle und Tische flogen. Die Polizei machte dem national christlich-sozialen Skandal ein Ende. „Ein Schlachten war es, keine Schlacht zu nennen!“ Das war die wichtigste Einstellung der Agitationstour des Propagandisten a. D. Stöder, die am Tage nach dieser Schlägerei begann. Eine solche Schlägereiveranstaltung hat Essen noch nicht erlebt. Selbst „besserer Bürger“ sahen, daß es in den Versammlungen der vielverstärkten „Roten“ doch anständig war. Da vor Ort verloren alle unsere Versammlungen ruhig, obwohl wir die einzige Partei sind, die den Gegnern freie Diskussion gewährt. — Unsere Genossen sind auf dem Plan, sie arbeiten mit Begeisterung und werden uns alle Fälle den Kampf mit Ehren zu Ende führen.

Ahawarten! Aus Katowitz wird gemeldet: Sicherum Vernehmen steht die Errichtung der russischen Grenze für die Abfassung eines erhöhten Kontingents russischer Schweine unmittelbar bevor.

Neue Aussichten. Aus Prag wird berichtet: General Maritz, der als einziger Burengeneral bei den deutschen Streitkräften in Südwürttemberg Dienste genommen hatte, hat seine Stellung als Kommandeur des Transportstabs niedergelegt. Er lebt binnen kurzem nach Transvaal zurück. Über die Lage in Deutsch-Südwürttemberg äußerte sich General Maritz ziemlich pessimistisch. Der Herero-Aufstand breite sich weiter aus, sagt Maritz, die Deutschen seien gut bewaffnet und erhielten ständig Zugang. — Das kann ja noch „gut“ werden!

Wenn das Geld im Kasten klingt! Da halbstädtischen Kreisen gefällt man wieder einmal aus einem Wutanfall in den andern. Ja Neisse Marienwerder ist nämlich das 2400 Morgen große Rittergut Biebel, das sich seit etwa 120 Jahren im Besitz der deutschen Familie Bleibtreu befand, an Herrn Gabek für 660 000 Mk verkauft worden und man nimmt an, daß es damit in polnischen Besitz übergegangen ist. Die Ansiedlungsbarmessung wollte nicht kaufen, bayerische Domänenstiftung zögerte und so konnte der meistbietende Pole eingreifen. Wie ganze germanisch-polnische Ansiedlungspolitik erscheint immer mehr als eine Tragödie.

Kleine politische Nachrichten. Die Meldung, daß auch der Anarchist Lange das Schicksal seines ausländischen Kollegen Nieuwenhuis teile und in Südluniahaftiert sei, entspricht nicht den Tatsachen. Lange wurde polizeilich festgestellt, aber nach dem Verhör wieder freigelassen, worauf er sich nach Elberfeld begab. Nieuwenhuis befindet sich noch in Haft; über seine Freilassung entscheidet der Gerichtshof.

Die Gesetzvorlage wegen Sicherung der Forderungen der Bauarbeiter wird, wie offiziell gemeldet wird, den Bundesrat bald nach Wiederannahme seiner Sitzungen beschäftigen.

Schweden.

Wir marschieren! Nach einer Meldung aus Stockholm haben unsere Genossen am Sonntag den achten September in den Reichstag entstanden. Von 230 Wählern haben bisher 174 stattgefunden. Die Linke und die Gegner der Proportional-Wahlmethode gewannen nach blutiger Schätzung 16 bis 17 Sitze.

Russland.

Die Lage in Baku geklärt sich gegenwärtig wieder zu einer hebräischen. Gisimorde sind jetzt an der Tagesordnung.

Der Kriegszustand, dieses Altheilmittel der russischen Despotie, ist über Kreis und Stadt Bialyj-Pok verhängt worden.

Die Strafe. In Warschau wurden sozialistische Flügler gestrichen, welches die Todesurteile hochgestellter Persönlichkeiten anhändigen. — Offenbar handelt es sich darum, die an der Hinrichtung des Genossen Kasprak Schuldigen zu bestrafen.

Der Zar fühlt offenbar das Bedürfnis, sich vor seinem „geliebten Volk“ in Sicherheit zu bringen. Er sucht einen möglichst unzugänglichen Ort auf. Der Telegraph berichtet: Das Kaiserpaar ist mit den kaiserlichen Kindern nach dem finnischen Archipel bei Viborg abgereist.

Japan.

Auf dem Wege der kapitalistischen Kultur schreitet Japan rüdig fort. Reuters Bureau meldet aus Tokio: Es wurden Unterschlagungen von 330 000 Yen, begangen durch drei Marinezahlmeister, entdeckt. Die Nachricht wurde zuerst mit Ruhe aufgenommen, nachdem jedoch bekannt wurde, daß die Unterschlagungen sich über ein Jahr

hinaus erstrecken, wäre kostspielig gewesen, griff ein Gefühl der Misstrauens und der Beunruhigung gegen die Marinverwaltung Platz. Die Angelegenheit rief wahrschließlich Angriffe auf die Regierung hervor.

Die Versammlung der Bürgerschaft

welche gestern abend vier Stunden damit beschäftigt war, die Beschlüsse der Vorversammlung zu bestätigen, verhandelte zuerst „ganz geheim“ über den Senatsantrag betreffend Beteiligung des Staates an der geplanten Hochfösenanlage. Der Antrag auf Übernahme von Alten im Betrage von 1300 000 Mark seitens des Staates wurde mit großer Majorität genehmigt. In derselben Sitzung gab Handelskammerpräsident Blaß die Erklärung ab, daß die noch schlanken Alten im Betrage von 500 000 Mark inzwischen gezeichnet sind, so daß hiermit die Anlage des Hochfösenwerks gesichert ist. Zweifellos interessiert die Verwendung der Staatsgelder in hohem Maße die Öffentlichkeit, zumal wenn es sich um eine Summe handelt, die eine Million weit übersteigt. Schaut man sich die Gründe, die den Staat bewogen haben, sich an einem industriellen Unternehmen zu beteiligen, dessen Rentabilität noch lange nicht außer Zweifel gestellt ist, vor aller Öffentlichkeit klarzulegen? Es scheint so! Dann ist es um so schlimmer, daß die Bürgerschaft auf diesen Handel einging; wo man den Geheimnissträger spielt, da hat man etwas der Öffentlichkeit zu verbergen, und das trägt niemals dazu bei, das Vertrauen zu den nachliegenden Kreisen zu erhöhen. Wir sind übrigens auch der Ansicht, daß jene ein Unrecht auf ein unabdingtes Vertrauen zweifellos nicht verdienen. Nachdem man sich anderthalb Stunden mit der Beratung des „geheimen Antrages“, den alle Welt kannte, abgenußt hatte, bewiesen die glücklichen Gesichter der die Befürchtung in hellen Scharen aufsuchenden Bürgerschaftsmitglieder, daß der Senat „gesiegt“ hatte und die Hochfösenanlage definitiv gesichert war.

Die meisten übrigen Anträge sandten nur das Interesse eines Bruchteils der Bürgerschaft; ein großer Teil der Bürgersvertreter tat sich gewöhnlich an den Fleisch- und Wurstbüros des Fleischhauermeisters gütlich. Nach ungewöhnlichen Beweisungen wurde folgender Senatsantrag angenommen: Der Senat beantragt, daß ihm zum Ankauf des Grundstücks Meistersstraße 36 für die Schabbell-Stiftung die Summe von 36 900 Mark aus der Schuldentlastungskasse überwiesen werde.

Der nächste Senatsantrag betraf den Ankauf des Grundstücks Fischergasse Nr. 45 und Stuhlforschmiedestraße Nr. 1 durch den Staat. Hierbei hinnahmte Blaß einstimmig, daß der Staat nicht einen Teil des Blätterschen Hauses zur Verbreiterung der Fischergasse an der Ecke der Königsstraße angekauft habe. Senator Külenkamp erklärte demgegenüber, daß mit dem betreffenden Maurermeister Unterhandlungen gepflogen seien, doch habe sich ergeben, daß nur ein Durchbau beabsichtigt sei, durch den eine Verbindung im Rücken des Gebäudes von der Straße schwerlich herbeigeführt werde. Nach einer kurzen, bedeutungslosen Debatte wurde der Senatsantrag angenommen; ebenso die folgenden Senatsanträge betr. Höhenregulierung der oberen Fischergasse, Ankauf des Schnitzwerkes im Hause Breitestraße Nr. 12 und Ankauf des Grundstücks Fleischhauserstraße Nr. 47 durch den Staat.

Der nächste Senatsantrag betraf die Errichtung einer Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Travemünde. Der Senat versteht zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, eine Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Verbindung mit dem Elektrizitätswerk auf dem Gelände der Gasstation in Travemünde mit einem Kostenaufwand von 82 000 Mark aus Anleihemitteln, Rechnungsablage vorbehalten, zu errichten. Konsul Hermann Fehling beantragt diesem entsprechend einen Beschluß des Bürgerausschusses, 1. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, eine Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Verbindung mit dem Elektrizitätswerk auf dem Gelände der Gasstation in Travemünde nach dem Reicht und Kostenanschlag des Direktors Hase vom 30. Dezember 1904 mit einem Kostenaufwand von 98 000 Mark aus Anleihemitteln, Rechnungsablage vorbehalten, zu errichten; 2. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, behufs Erwerbs der bestehenden Travemündner Niederdruck-Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Travemünde alljährlich bis zum 1. Oktober 1936 die Summe von 240 Mk. auszukehren; 3. daß der Verwaltungsbehörde behufs Erwerbs des noch dem Plane des Direktors Hase für den Bau des Wasserwerks in Aussicht genommene Eckgrundstückes neben der Gasstation an der Gnevezendorfer Chaussee ein gegen dieses Grundstück ausgetauschendes, gleich großes Areal am westlichen Ende der verlängerten Straße „Nose“ zur Verfügung gestellt werde; 4. daß die Errichtung eines für die neue Anlage erforderlichen Magazin- und Beamtenwohnhauses an der Bahnhofstraße in Travemünde genehmigt werde. Fehling bedauerte, daß man nicht gleich das alte Wasserwerk mit dem neuen verbinden wolle. Er hat den Senatsantrag abzulehnen und seinem Antrag zuzustimmen. Zwischen der Bürgerausschuskommission, deren Vorsitzender er gewesen sei, und der Gemeinde Travemünde sei durch beiderseitiges Einigegemeinen eine gütliche Vereinbarung getroffen worden.

Nachdem auch der Travemündner Gemeindevorsteher für den Antrag Fehling eingetreten war und auf die Veränderung der Zahl der öffentlichen Kapstellen von 12 auf 7 hingewiesen hatte, die das Abkommen im Gefolge hat, wurde der Antrag Fehling angenommen. Die Gemeinde Travemünde wird nach der Errichtung des Hochdruckwasserwerks also weniger Kapstellen besitzen, als gegenwärtig; den Vorteil haben nur die reichen Villenbesitzer. Das Abkommen mit der Gemeinde Travemünde hat den folgenden Wortlaut: 1. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten stellt die Hochdruckanlage auf ihre Kosten her, betreibt und unterhält dieselbe. Die Gemeinde Travemünde tritt der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten gegen eine bis zum 1. Oktober 1936 zu leistende jährliche Entschädigung von 2400 Mk. alle Einrichtungen der vorhandenen Niederdruckanlage ab, deren vorübergehende oder dauernde Beibehaltung der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten freistehet. Das Vermögen und die Schulden, welche der Gemeinde Travemünde aus Anlaß der Herstellung und des Betriebes der alten Wasserleitung erwachsen sind, verbleiben der Gemeinde. Der bisher der Gemeinde Travemünde vom Staat geleistete jährliche Betrag von 500 Mk. wird der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten überwiesen.

2. Die Gemeinde Travemünde tritt an die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten die Eckparzellen neben der Gasstation in Travemünde, an der Bahnhofstraße und der Gnevezendorfer Chaussee, ab gegen Lieferung eines gleich großen Areals am westlichen Ende der verlängerten Straße „Nose“. 3. Es werden von der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten künftig mindestens sieben öffentliche Kapstellen zur Verwendung freigegeben. Dagegen bleibt die künftig von der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zu erhebende bisherige Wasserabgabe mit 25 Pf. von je 1000 Mk. Gebäudemetes für alle nicht an die Wasserleitungen angeschlossenen Haushaltungen bestehen. 4. Für alle Haushaltungen sind Wassermesser obligatorisch. Von den an die Hochdruckanlage angeschlossenen Haushaltungen werden für jedes Kubikmeter Wasser in den Sommermonaten (Juli—September) 25 Pf., in den übrigen acht Monaten 15 Pf., von dem nur an die Niederdruckleitung angeschlossenen Haushaltungen für jedes Kubikmeter Wasser 15 Pf. erhoben.

Debatte los angenommen wurden die Senatsanträge betr. Errichtung dreier Lehrerstellen und einer zweiten Leichenlehrerstelle am Johanneum, Aussgleichung der Abrechnung der Oberschulbehörde für das Rechnungsjahr 1904 und Legung von elektrischen Licht- und Überbeleuchtung in der Klaus Groth, Friß Reuter- und Döbelnstraße.

Der nächste Senatsantrag besagt: Wasserlossetts darf in keiner Falle unmittelbar mit der Hauswasserleitung verbunden werden; bei Neuanlagen sind zur Spülung der Lossetts Einzelspülkästen mit begrenzter Spülung nach Angabe der Verwaltung der Stadtwasserleitung anzuwenden; bei in Privathäusern bestehenden Lossettanlagen ist die Einschaltung von Rohrunterbrechern nach Angabe der Verwaltung der Stadtwasserleitung gestaltet, falls nicht in einzelnen Fällen der Wasserdruck als ungünstig festgestellt worden ist. Der Antrag erhielt die Genehmigung der Bürgerschaft, nachdem auf Vorschlag von Schore die Worte „in Privathäusern“ gestrichen waren.

Zu einer politischen Debatte gab der Senatsantrag auf Errichtung einer Landwirtschaftskammer, zu welcher der Staat jährlich einen Zuschuß von 1000 Mk. leisten soll. Anlass Professor Baethke, ein Fleckenteil vom Scheitel bis zur Sohle, einer der Väter des Wahlrechtsraubs, sog. mit schwerem Geschütz gegen die Agrarier zu Felde, die er als Urheber der Fleischsteuerung bezeichnete. Originell, und würdig in den liegenden Blättern verarbeitet zu werden, war ein Ausspruch des Herrn Professors über die Ursache der Bürgerschaftswahlrechtsverschlechterung. Die Sozialdemokratie ist schuld am Wahlrechtsraub, weil sie sich so stark vermehrt hat, und die Agrarier, weil sie zu dieser Vermehrung beigetragen haben. Unschuldig am Wahlrechtsraub vorgenommen nur diejenigen, die den Wahlrechtsraub vorgenommen haben. Einfach töricht ist dieser reaktionär-radikale „Freisinnsmann“ in seiner Argumentation. So sehr berechtigt das auch war, was Baethke gegen die Agrarier sagte, so blieb es doch völlig wirkungslos, weil gerade Baethke es ausführte. Neben er sich die Bürgerschaft schließlich um Ablehnung der Landwirtschaftskammer, durch welche die Agrarier nur eine neue Vertretung ihrer Interessen gewinnen wollten und bat um Annahme folgenden Antrages: Der Senat wolle im Bundesrat seine Stimme dahin gestellt machen, daß zur schnellen Befreiung der Fleischsteuerung die Einfuhr von ausländischem Vieh, namentlich Schweinen, baldmöglichst freigegeben werde, soweit es die gesundheitlichen Rücksichten nur irgendwie gestatten. Lauenstein trat den Ausschreibungen Baethkes entgegen, wenngleich er auch zugeben mußte, daß eine Fleischsteuerung besteht. Er meinte weiter, daß „wahrscheinlich“ die Fleischware wieder sinken würden. Im übrigen bat er um Annahme des Senatsantrages. Natürlich beschloß die Bürgerschaft, dem Senatsantrage Folge zu geben, aus Gründen der Gerechtigkeit, wie Herr Hinkeldey so schön sagte. Die Kaufleute, die Gewerbetreibenden haben ihre Vertretung, deshalb muß der dritte Hauptfaktor des Staates, die Landwirtschaft, auch eine Kammer haben. Die Arbeiter brauchen jedenfalls keine Vertretung, nicht wahr, Herr Hinkeldey, so weit reicht Ihr Gerechtigkeitsgefühl wohl nicht? Wenigstens haben Sie sich nichts meilen lassen. Nachdem noch Schäfermeister Just in längeren Ausführungen für die Befreiung der Grenzen und den Antrag Baethke eingetreten war, wurde der Antrag dem Bürgerausschuß überwiesen.

Angenommen wurde der Senatsantrag auf Neubau des Viehhauses auf dem Pachtbohof zu Krummesse.

Gedankt wurden verlesen die Eingaben wegen Erleichterung der Einfuhr lebender Schlägertiere zur Bildung der gegenwärtigen Fleischnot: vom Vorstand des Vereins der freisinnigen Volkspartei und von P. W. Pape Namens der am 8. September d. J. übergeholten öffentlichen Volksversammlung. Eine Debatte knüpft sich hieran nicht. Bemerkt sei noch, daß auch der Senat beim Antrag Baethke erklärte, daß die Fleischnot auch in dieser Körperchaft Gegenstand ernster Erwägungen gewesen sei. Daß die Fleischnot-Debatte in der Bürgerschaft ironisch welche Höhepunkte hatte, kann nicht gefragt werden; sie beweist sich in dem in der Bürgerschaft üblichen feinen Redegeschick.

Zum Schluß stand noch ein Antrag Dr. Wickmann auf Errichtung eines Krematoriums auf dem neuen Kirchhof in St. Lorenz auf der Tagesordnung; es wird um Prüfung des Vorschlags durch den Senat ersucht.

Nach Erledigung des Antrages wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

P. L.

RECHTE WEGEN VERGEGENSTELLUNG.

Dienstag, den 19. September.

Der Zugang von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!

Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbran in Lanen.

Handelsregister. Am 18. September 1905 ist bei der Firma G. Lohm in Lübeck eingetragen. Die Firma ist erloschen. — Am 18. September 1905 ist bei der Firma G. Weber in Lübeck eingetragen: Zeigiger Inhaber: A. G. Ch. Möller, Kaufmann in Lübeck.

Erloschene Gesellschaft. Die Notausleuchte unter den Schweinen des Hofbesitzers Evers in Evershof ist erloschen. — Die Schweinepest unter den Schweinen des Arbeiters Joach. Gieseler in Schlutup ist erloschen. Die angeordneten Sperrmauern sind aufgehoben worden. pb. Diebstähle. Ein Schläger brachte zum Anzeige, daß ihm im hiesigen öffentlichen Schlachthause ein Kubus mit Zunge abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sei. — In einer hiesigen Fabrik wurde einem

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 220

Mittwoch, den 20. September 1905.

12. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Vorstand des Centralvereins der Bildhäuser bereitet anlässlich der im nächsten Jahre fälligen Tausendjährfeier dieses Vereins die Herausgabe einer Zeitschrift vor. Der Vorstand des Buchbinderverbandes veranstaltet unter den Mitgliedern des Centralvereins der Bildhäuser ein Kreisauftschreiben zu Entwürfen für ein Verbandsblatt. Im Handbuch machen verband findet zur Wahl des Vorsitzenden, dessen Amtsbauer bis zum 1. Oktober reicht, eine Urabstimmung statt, ein Wobus, der sonst in keiner anderen zentralisierten Gewerkschaft üblich ist. Das Organ des Centralverbandes der Männer, der „Grundstein“, hat mit ihrer Nr. 36 eine Ausgabe von 175 000 erbracht, was einen Anwuchs von 35 000 in diesem Jahre bedeutet. Die Leitung des Tapeteverbandes unterhält energische Schritte gegen die Bewerbung gesundheitsschädlicher Tapeten, indem sie die Münzstätter um die Einsendung von Proben zur Untersuchung auffordert. Der Vorstand des Deutschen Werkstattleiterverbandes beruft zum 9. Oktober eine außerordentliche Generalsversammlung nach Bremerhaven mit der Tagesordnung: Aufzähling des Verbandes und Überleitung der Mitglieder zu einer anderen Organisation. Es ist das Verdienst der Werksindustriellen an der Unterwerbung, durch ihre Massenaussprungen die Werkstattleiter zur Konzentration ihrer Kräfte, zum Abschluss engerer Gewerkschaften bestrebt zu haben.

Der Neunstundentag in der Offenbacher Schuhindustrie. Im Bericht der hessischen Fabrikinspektion ist das Gutachten eines Offenbacher Schuhfabrikanten über die Entwicklung der auf neun Stunden verkürzten Arbeitszeit wieder gegeben. Die betreffende Firma beschäftigt 75 Arbeiter und der Inhaber berichtet der Fabrikinspektion: „Die von mir seit etwa drei Jahren eingeführte 9-stündige Arbeitszeit bewährt sich vorzüglich. Ich habe damit erreicht, dass die Frühstück- und Beiseitpausen mit dem unvermeidlichen Gitarrenklang wegfallen. Die Arbeiter sind und bleiben fröhlich, leisten dadurch in 9 Stunden mindestens dasselbe wie in 10 Stunden, was ich durch mehrwöchige Beobachtung genau feststellte. Der Kraftverbrauch des Motors reduzierte sich infolge der kürzeren Arbeitszeit um 10 Prozent, und im Winter ist eine Stunde Nacharbeit weniger, zwei Worte, die meinen Grätern allein schon die obligatorische Erfüllung der 9-stündigen Arbeitszeit empfehlen.“ Dieses Urteil war durchaus geeignet, die Bestrebungen der Offenbacher Fahrschuhamer zu unterstützen, aber auch die Fabrikanten scheinen etwas daraus gelernt zu haben. Nachdem länglich die Arbeiterschaft eines Betriebes den Neunstundentag forderte, hat der Fabrikantenverband beschlossen, ihn allgemein zur Einführung zu empfehlen. Sechs Offenbacher große Schuhfabriken haben daraufhin sich entschlossen, auf acht Wochen einen Versuch zu machen; der siebente und größte Betrieb, ebenso ein dem Unternehmerverband angehörender Betrieb in Niederrad wird wahrscheinlich folgen. — Beweist sei noch, dass vor reichlich zweit Monaten eine Offenbacher Seifensfabrik versucht, welche die 8½-stündige Arbeitszeit einführte. Der Versuch bewährte sich so gut, dass zum Achtstundentag übergegangen werden soll. Eine an die Seifensfabrik anstoßende Metallwarenfabrik ist, als der Unternehmer die günstigen Wirkungen sah, wenigstens auf die neunstündige Arbeitszeit herabgegangen.

Ein Streit aus religiösen Motiven. In der Dampfszegeli in Erlangen stießen die Arbeiter, weil ihnen von der Besitzerin — übrigens Katholikin — die Teilnahme an der zweitägigen Wallfahrt nach Gößweinstein, die am ersten Werktag begann, verboten worden war.

Zum Münchener Speditionsgewerbe erzielten die Angehörigen des Lagerhauses Osthahnhof einen Erfolg. Obwohl die Firma anfangs nicht verhandeln wollte, gelang es, nachdem das Personal einmütig die Arbeit niedergelegt hatte,

vor dem Eingangskart des Gewerbegeichts nachfolgende Anhänger und Bestimmungen festzuhalten: Nutzher und Fuhrleute erhalten 24 Mt., bisher 20 Mt. Sonntagsauslage 2 Mt. Speditionslehrer 25 Mt., bisher 20 Mt. Möbelputzer 25 Mt. Reise- und Wirtschaftslehrer 5 Mt. pro Tag; bis 10 Kilometer 1,50 Mt. Sonntagsarbeit in München bis Nachmittags 4 Uhr (panzer Tag) 5 Mt.; für den halben Tag (bis 12 Uhr) 2,50 Mt. Möbelträger erhalten einen Auftrag zum Lohn ihrer Gruppe: 1 Mt. pro Umzug. Lagerarbeiter erhalten 4,40 Mt., bisher 4 Mt. Sackträger 3,80 Mt., bisher 3,20 Mt. Für Überstunden 50 Pf. Sonntagsarbeit wird mit 60 Pf. pro Stunde vergütet. Die Arbeiter im Sackmagazin erhalten je 30 Pf. Bulage auf Weißbrot, ein Löhne p.o. Tag, Arb. 10 Pf. Kosten 10 Pf. Holzlohn: Mittagslobn 3,20 Mt. für Kneipensteller, bisher 2,70 Mt.; eins Personale: 3,40 Mt., bisher 3 Mt. Neuer Anfang 50 Pf. Die Arbeitszeit dauert von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends. Pausen treten ein: je 1/2 Stunde Vormittags und Nachmittags; Mittags 1 1/2 Stunde, bisher 1 Stunde. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. September 1906.

Fürsorgliche Unternehmer.

Nun wird man die Fleischnot nicht mehr leugnen können! Auch das sozialfürsorgliche Unternehmertum, das sein Wohlwollen für die Arbeiterschaft durch allerlei „Wohlfahrtsanstaltungen“ zu bekräftigen pflegt, bestrebt an Maßnahmen zu denken, wie man Fleischpreise und Fleischbuttel wieder in ein ehrliches Verhältnis zu einander bringen könnte. Drei Tage lassen die Arbeiter der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu Karlsruhe am „Schwarzen Brett“ einen Aufschlag, der wie folgt begann: „Infolge der in letzter Zeit eingetretenen Erhöhung für Fleisch- und Wurstwaren seien wir uns gestötzt . . . „Uff!“ rachte da morcher Arbeiter: „Man gibt Lohnerhöhung.“ Gleich las man weiter: „Aber die Fortschreibung entspricht nicht den Erwartungen. Vollständig lautete der Aufschlag: „Infolge der in letzter Zeit eingetreteten Erhöhung für Fleisch- und Wurstwaren seien wir uns gestötzt. Diese Preise ebenfalls zu erhöhen und zwar wie folgt: Rippwürste bisher 7 Pf. jetzt 9 Pf. Keine Würste . . . 10 " 11 " Rippchen . . . 25 " 30 " Rüsschnitt . . . 25 " 30 "“

Man sieht: Dem Kapitalismus muss als zum besten dienen! Die Fleischfrei, welche den Wohlfahrtskapitalisten hilft zu einer Verbesserung der Lage ihrer Arbeiter geben sollte, dienst ihnen als Wurmwood zur Verschärfung der kapitalistischen Wohlfahrt. Eine Verbesserung der Nahrungsmittel kompensierte der echte Kapitalist stets dadurch, dass er Sorge dafür trug, dass aus den Taschen der Arbeiter noch mehr Geld als bisher in die seine floß. — Eine Erhöhung der Löhne wird den Arbeitern aus freien Stücken von den Unternehmern nie gewährt; die müssen sie sich durch die Organisation erkämpfen!

Propaganda der Tat. Ein Parteigegner erfuhr vor einigen Monaten, dass in Berlin eine anarchistische Zeitschrift erscheint, welche es der Sozialdemokratie und ihren Führern widerlich gibt. In seiner Wissbegier absonderlich er auf das Blatt; als er es aber ein Vierteljahr gelezen hatte, beachtlich er das Abonnement und bestellte die Zeitschrift ab. Trotzdem wurde sie ihm weiter zugesandt. Auf einer Postkarte ersuchte unser Parteigegner darauf die Expedition des Blättchens, doch fortan von der Zusendung abzusehen; er habe sich nur orientieren wollen, und sei jetzt gesättigt vom Anarchismus. Sehr erfreut war unser Parteigegner, als er dieser Tage, nachdem sechs Wochen verflossen waren, einen Schreibbrief folgenden Inhalt erhielt:

„Werter Herr! Im Besitz Ihrer Karte vom vorigen Montag beeilen wir uns, Ihnen mitzutellen, dass wir hocherfreut waren zu lesen, dass ein halbjähriges Studium der anarchistischen Presse genügt hat um Ihren entschieden zertrümmerten Geiste zu sanieren und wieder zu realisieren. Durch den Satz „Das Sie von unserer Presse

jetzt genug haben“, lassen Sie uns ein Lob zu teil werden, welches wir kaum verdienen. Sollte diesen ungeachtet wie es der Fall zu sein scheint, irgend eine Ede in Ihrem Soße ist nicht völlig gesund, so empfehlen wir Ihnen noch einen halbjährigen Aufenthalt in Herzberg zu nehmen. Im übrigen werden wir uns erlauben in nächster Zeit durch eine private Hand und schriftliche Rechnung für die zukünftige Behandlung einzuhören zu lassen. Sollten Sie der eventuellen Passage unserer Genossen nicht befrüft so ersuchen wir um Einwendung des Beitrages. Sie schulden uns Mt. 164. Zu aller Erfurkheit geheime.“

Verlag und Redaktion des Anarchist.“

In der Berliner Journalistik mag diese Zeitschrift einzig stehen. Offiziell im Sinn ist bei Redaktion des „Arbeits“ aber doch nicht eigen, denn jenseits der großen Wasserwölfe erscheint ihr offenkundiges Werkbild, der „Arzona Bild“. Dessen Redaktion unterscheidet sich von der des „Anarchist“ allerdings insoweit, als sie nicht allein in der Schlagfertigkeit, sondern auch in der Dichtkunst sehr.

Ein sozialistische Bauerngenossenschaft in Frankreich. In den Württembergischen Frankreich, besonders im Süden, hat die sozialistische Propaganda in der letzten Zeit sehr beträchtliche Folge erzielt und namentlich die kleinen Grundbesitzer aus ihrer Isolation und ihrem missbrauchten Gewissensdruck zu überzeugen sucht. Die sozialistischen Weinbauern haben sich zu einer Genossenschaft „Die Freien Winzer“ zusammengetragen, die ihr Produkt namentlich an sozialistische Konsumvereine absetzt. Kürzlich stand in Mainz ein großer Dorf dessen Bevölkerung sich fast ganz der Genossenschaft angeschlossen hat, anlässlich der Eröffnung einer großen genossenschaftlichen Weinkellerei ein prächtiges Fest statt, an dem viele Delegierte sozialistischer Konsumvereine teilnahmen. Besonders gefeiert wurde Eduard Anselme, der aus Böhmen herübergetreten war, um den sozialistischen Bauern die Freiheit der Genossenschaft zu verhelfen. Das Fest trug einen durchaus sozialistischen Charakter. Vom Fest des Kellereigebäude stattete die rote Fahne und die Landleute sangen begeistert die Internationale.“ Ein Bankett vereinigte über fünfhundert Genossen.

Schäden der amerikanischen Arbeiterbewegung. Wie steht es mit der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, so fragt das „Philadelphia Tageblatt“ und knüpft daran eine längere Betrachtung. Konserватiv Gewerkschaftsführer versichern, dass die organisierten Arbeiter mit der allgemeinen Lage zufrieden seien. Das betrifft aber nur eine kleine Klasse von Arbeitern, eine Bonität der geschulten und gutbezahlten Handarbeiter. Die große Masse der ungelehrten und ungeschulten Arbeiter hat durchaus keinen Grund, einen Lobsang auf die Verhältnisse anzunehmen. Im Gegenteil fühlen sie sich sehr bedrückt, aber die Lust hat die Führung, gibt der Tao an, stellt die Forderungen auf, kann für sich. Dem Lust wird die Lust gegenübergestellt und der Lust findet sich mit der Lust ab. Von Heiraten untergeordneten Streitigkeiten abgesehen, kann man sagen, der Lust und die Lust gehen Hand in Hand. Lust wird die Arbeiterschaft in der Hauptstadt von denjenigen Kapitalisten, die noch unter sich konkurrieren. Die großen amerikanischen Kapitalisten lassen sich nicht darauf ein, die Gewerkschaften bis aufs äußerste zu bekämpfen. Das geschieht aus politischen Gründen. Es führt die Kreise des Großkapitals, wenn es die gesamte Arbeiterschaft gegen sich hat. Die Großkapitalisten müssen fürchten, dass die Arbeiter sozialistisch werden oder politisch gemeinsame Sache mit den unzufriedenen Leuten der Mittelklasse machen. Wenn auch für ein Bündnis mit der Mittelklasse gegenwärtig keinerlei Aussicht besteht, so kann man nicht wissen, wie es in Zukunft aussehen mag. Sie berufen die wirtschaftliche Übermacht des vertrusteten Kapitals nicht, um die Arbeiter zu Boden zu werfen, sondern finden sich mit einem Teil der

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäder.

(28. Fortsetzung.)

Überall an der Bucht baute man zugleich kleine Dampfer, denn die engen Bedürfnisse solcher Fahrzeuge abzuhelfen. Dampfschiffsmaschinen waren an Bord größerer Schiffe von den spekulierenden Barken schon mehrfach eingeführt, und kleine Nutzter, ja selbst Walischboote wurden dazu eingerichtet — die letzteren von einander getrennt und verlängert, und mit einem breiten Deck überbaut, um die leichte Maschine zu tragen. Es kam ja nicht darauf an, wie lange sie hielten; zu drei oder vier Fahrten waren sie ja doch wohl tauglich, und wenn sie dann zusammenbrachen — was tat's — sie hatten ihren Zweck erreicht und sich doppelt und dreifach bezahlt gemacht. Das Menschenleben dabei in Gefahr kamen, konnte kein Gegenstand sein. Menschenleben waren das Billigste in ganz Kalifornien.

Und wie das Menschenleben dort wogt und schafft! Auf der Halbinsel, die durch den sichelförmigen Boden San Franciscos gebildet wird, der sie mit den beiden Armen Gloris und Alcons Point umfasst, liegen Waffen dieser kleinen Fahrzeuge, teils langstrecken der dort ankernden Schiffe selber, von diesen ihre Ladung zu bekommen, teils durch Boote und Leichterläufe mit dem Lande in Verbindung gelegt, um Fracht für die Minen so schnell als möglich einzunehmen. Und schnell geht es in der Tat, denn die Arbeiter bekommen ihr Tagewerk allerdings enorm bezahlt, aber sie leisten auch etwas dafür. Nicht der festländische Schlendrian, der dem lieben Gott die Tage absticht und mit schlechtem Gewissenswurm und schwer schlüpfenden Schnupftabaksdrogen die Stunden hinzubringen sucht, findet sich hier. Einer greift dem Kunden rasch in die Hand, und die tiefgeladenen

Boote ziehen mit schwammenden Augen, von zum Berspringen gebogenen Rudern getrieben, durch die Flut.

Das lebt und arbeitet ordentlich von weissgespannten Segeln, die sich dem nördlichen Arm der Bucht entgegenblähen: Schooner und kleine Briggs, die flach genug im Wasser gehen, die Sacramento Darre passieren zu können, und zahllose offene, flache und Kielboote, mit einem Schwarm von Minenlustigen besetzt. Links hinc liegt der Arm, der sich dem „goldenem Tor“ der See entgegenstreckt, und dort, wo sie hereingekommen, sehen sie wieder fluss, sechs verschiedene Schiffe im Ansegeln begriffen — alle mit Goldwäschern, alle mit Konkurrenten beladen. Aber die wollen ebenfalls in den Minen graben, und um so mehr müssen sie eilen, die paar Tage Vorsprung, die ihnen geworden sind, zu benutzen. Gingen ihnen doch schon so viele Tausende voran, dass sie nicht wissen, ob sie noch Platz dort oben finden.

Zeit sind sie jenem Arm, vom Wind und von hartem Rudern unterstützt, vorbeigekommen und haben nun den Vorstoss der Flut, die südlich nach dem Arm, an dem San Francisco und weiter unten San Jose liegt, und östlich in die Carquinez-Bucht, in welche der Sacramento und San Joaquin mündet, ihre Wasser wälzt.

Wie wunderbar die neue Welt hier rings um sie ausgedehnt liegt; rechts die kahlen, nur mit dünnen Gras bewachsenen Berge, an denen zahlreiche Herden weiden, und links mehrbaumreiche Ufer mit einzelnen gar so freundlichen und bewaldeten Bucht und Einschlüßen, die dem Verkehr noch nicht geöffnet, noch nicht von der einflößenden Bevölkerung überflutet sind. Was sollen die Leute auch dort? Dort liegt kein Gold. Und doch wendet sich der Blick auch gern wieder einmal zu den grünen Waldeswällen da drüben, denn sie geben gewissmaßen die Versicherung, dass nicht ganz Kalifornien eine so öde, trostlose Wüste ist, wie eben nur die Küstenberge. Aber Naturräuber sind hier nicht lange im Stande, den Schauenden zu fesseln. Was

ist das da oben rechts, auf der hohen bergartigen Uferlippe, die den Horizont bis dort hinauf gehoben hat? Dort wird plötzlich eine Gestalt sichtbar, die wie eine Erziehung in den Lüften hängt; ein einzelner Reiter, klein und zierlich in der Entfernung, wie aus Elfenbein geschnitten, und die Konturen, die zarten Beine des Pferdes, der schwere, emporgeworfene Kopf, der wallende Poncho um des Mannes Schultern, doch haartartig gegen den dahinter liegenden blauen Himmel abgeprägt.

Es ist ein Kalifornier; vielleicht seit Morden zum ersten Mal wieder aus dem inneren Land an die Küste gekommen, nach seinem hier wild weibenden Vater zu schen, der, als er das letzte Mal hier war, eine alte Wildnis verließ und dafür jetzt das neuerrichtete Kalifornien wiederfindet. Erstreckt auch ist er seinem schnaubenden und stampfenden Pferde in die Zügel gefallen, und während dieses unruhig in sein Geblüte schlämt und mit den Vorderfüßen den Rasen wund tritt, starrt sein Herr, kaum seinen Stangen trauend, auf das neue, nie gehabte Leben nieder, das sich zu seinen Füßen dehnt — entwickelt.

Aber nicht lange mag der wilde Sohn der Berge solchem Kreilen aus weiter Ferne zuschauen. Das muss er in der Nähe fassen und begreifen lernen, und sein Pferd herumwirrend, das denen, die von unten zu ihm hinaufschauen, wie in den Boden hinein verschwindet, lässt er dem fröhlich wiehernden Tier die Zügel und steigt mit ihm in halsbrechendem Ritt die weite Bucht entlang.

Dribben am linken Ufer, das unter dem grünen Baumwuchs bei der anschwellenden Flut nur noch einen schmalen Streifen durchscheinender Felsen zeigt, spielt eine Skarunterer Seehunde, wälzt sich im warmen Sonnenschein und springt dann plätschernd in die klare, salzige Woge. Hier und da sucht ein Boot ihnen nahe zu kommen, und die stets bereit gehaltenen Gewehre senden dann und wann den heißen Bleigruß hinüber — aber die Entfernung ist zu groß. Die munteren Tiere sehen neugierig die Augen auf das

Arbeiter in einer Weise ab, welche sie zufrieden stellt und verhindert, daß die Arbeiter politisch radikal werden. In dieser Politik werden die Großkapitalisten unterstützt durch die Taktik der Gewerkschaftsführer, die auf das Biel gerichtet ist, von dem Trust Vorteile für die Kunstuhr zu eringen. Diese Politik aber wird untergraben von der sozialistischen Bewegung, die von Jahr zu Jahr an Umfang gewinnt. Diese Bewegung rechnet mit den großen Massen und ist unablässig bemüht, einen Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung zu erlangen. Nicht die Harmonie zwischen Trust und Kunstuhr, sondern der Kampf, der ein Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit sein soll, verlangt diese Bewegung.

Das revolutionäre Hoch. Das Schöffengericht in Berlin hatte den Genossen Miehle, weil er die Maifeler-Versammlung seiner Kollegen mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie, zu der horrenben Strafe von einer Woche Haft verurteilt. Das Gericht hatte im Aufbringen des Hochs auf die revolutionäre Sozialdemokratie groben Unsug erblidt, obgleich selbstverständlich nichts geschehen war, was man noch beim Sprachgebrauch als groben Unsug ansehen könnte. Ja selbst die juristischen Voraussetzungen des groben Unsugs lagen nicht vor. Das stellte die Strafkammer, die aufs Miehles Verfusang am Donnerstag sich mit der Angelegenheit befürte, ausdrücklich fest. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts muss, wenn grober Unsug vorliegen soll, die öffentliche Ordnung entweder verletzt sein oder es muss wenigstens die Gefahr bestehen, dass sie verletzt werde. Weder das eine noch das andere war aber, wie das Verfusungsgericht feststellte, im vorliegenden Falle geschehen. Miehle wurde deshalb freigesprochen.

Übermaß konfisziert wurde eines der im Dresdener Verlag erscheinenden Parteiblätter. Diesmal traf es wieder den „Völkerfreund“, der einen Lehrer durch die Meldung von der harten Bückligung eines Schülernes beleidigt haben soll.

Freidenker und Sozialdemokraten. In der Sitzung vom 3. bis 7. September 1905 fand in der Riesenaula des Trocadero in Paris der Internationale Freidenkerkongress statt. Unter den 2500 Teilnehmern befand sich eine große Anzahl von Genossen. Am zweiten Tage des Kongresses wurde der Antrag gestellt und angenommen, dem Präsidenten Roosevelt ein Danktelegramm für seine erfolgreichen Bemühungen um die Herstellung des Friedens zwischen Russland und Japan zu senden. Durch einen großen Teil der Presse ging die Nachricht von dem einstimmigen Beschuß des erwähnten Telegrammes. Etwa bei Versammlung im Vereinsaal des deutschen Sozialdemokratischen Vereinshauses in Paris kam diese Angelegenheit zur Sprache. Das Resultat der Handlungen war die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die am 9. September im Vereinsaal tagende, außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung des deutschen Sozialdemokratischen Vereinshauses zu Paris erklärt sich mit den Ausführungen des Großen Reichstags Abgeordneten Dr. Hoffmann aus Berlin einverstanden und spricht ihre Genugtuung über die Amtierung des Großen Hoffmann aus, daß auf dem Freidenkerkongress die sozialistischen Delegierten sämtlich der Delegation an den Präsidenten Roosevelt die Zustimmung versagt haben.“

卷之三

Es wird weiter geprügelt! Vor dem Kriegsgericht in Thorn waren am 15 September der Sergeant Becker und der Obergefreite Glerzer vom Artillerie-Regiment Nr. 15 wegen vorschriftswidriger Behandlung zu hohen Strafen verurteilt. Die Betriebsaufnahme ergab, daß sie die Männer mit Ohrenschlägen und Fußtritten traktiert, daß sie die Soldaten in die Wanne geschlagen und auf die Finger gezwungen haben. Besonders quälte Glerzer die Leute. Er ließ sie unbefugt im Zimmer Nickerweisen und Knirschen hören, warf Scherbel auf sie, beschlugtihnen Fäustel und schlug einen Hanoverer mit dem Stock ins Gesicht. Das Kriegsgericht verurteilte den Sergeanten Becker wegen vorschriftswidriger Behandlung in 17 Fällen zu sechs Wochen Mittelarrest, den Obergefreiten Glerzer wegen Körperverletzung in vier Fällen, wegen vorschriftswidriger Behandlung in 20 Fällen, wegen Mißhandlung in 17 Fällen zu acht Monaten Gefängnis.

Die Cholera. Heute liegen nur geringfügige Cholera-
mittheilungen vor. Bei der im Dreiecke Warrfheim noch kurze
Reaktivität unter verdächtigen Umständen verstorbenen Tochter

Wasser schlagen und verspielen, und spielen ruhig weiter. Sie
etwa ein Leidener Feind ihres näheren Zuges. Bittre Schall nach
Se denkt, wie er sich auf die Weise verstecken kann.

Sie kann im Wasser, laufen mit den Fürtigen Gesichtern und einmal, wie es drin, heraus und laufen tief unter, aus jeder Gefahr verzich.

Sie brennt sich die Hui und zieht sich zur Steife vor. Es quillt zusammen, aber es ist gut für die Fahrzeuge, die sie erreicht haben. Die Flut hat ihren höchsten Stand, und während sie das Wasser staunt, können sie den Wind noch berühren, der sie in die dort wieder weiter werdennde Bahn einträgt. Mit der bald eindehrenden Ebbe wälzt hier eine solche Erhebung durch, daß sie die Segelschiffe nicht mehr

Drei Schooner segeln hier neben einander durch die Straße, das freiere Wasser wieder zu gewinnen, und führen wie ihre Freunde volly-häuft mit Waren sind: mit Röhlsäcken und Pökelfässern, mit Beuttern und Blanken, bis über die Bulwarks hinaus — und darauf blühtstreet Louren die B-ffagiere.

Alle möglichen Befreiungsfaktoren wurden ihres im Hörer
des Agenten verstanden, als sie ihre Passage für nur genug
bezahltet, und nicht einmal ein großer Blatz zum Liegen
wird ihnen jetzt geboten! Kein Schlag gegen den Rechten,
eine Ede, an der sie ihr kaltes Mehl verzehren können.
— Aber was tut's? „Das ist Stalfforsien!“ Morgens oft
übermorgen sind wir in den Beigen, und dort liegt das

Dort am Ufer hin ruhet ein kleines Boot mit vier Rümen, und eine rüfige G. steht, eines Ballast zwischen den Füßen, eine Doppelflanke neben sich, fügt am Steuer. Auch oben im Bug des Bootes liegen vier geslabene Flinten, und an den Seiten des inneren Bootes sind Leberschrifte ange-

mannsfrau Schiffner hat die halteriologische Untersuchung Cholera ergeben. Es sind neuerdings alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Auch bei der vierjährigen Tochter der in Breslau siedelten Schiffersfamilie Richter wurde, wie aus Breslau telegraphiert wird, Cholera halteriologisch festgestellt. Die Eisenbahndirektion Danzig hat durch eine Verfügung an sämtliche Dienststellen ihres Bezirks wegen des Auftretens der Cholera die Verwendung von Wasser aus der Weichsel und Nogat und deren Nebenflüssen zum Trinken und Waschen verboten. Der amtlich gemeldete Cholerafall in Wongrowitz hat sich als schwerer Magen- und Darmlatarrh erwiesen, verursacht durch den Genuss verdorbenen Fleisches. Der Kranke ist bereits genesen. Auch in Graudenz und Dirschau sind Todesfälle von an Cholera erkrankten Personen zu verzeichnen. Bei zwei in Graudenz unter Choleraverdacht erkrankten Kindern ist Cholera halteriologisch festgestellt worden, hingegen nicht bei einem erkrankten Arbeiter. Neu erkrankt sind in Graudenz ein zwölfjähriges Kind und ein Wagenbauer. In Masowish Kreis Marienwerder, ist ein sechsjähriges Kind unter Choleraverdacht gestorben. Allem Anschein nach ist die Seuche im Regierungsbezirk Marienwerder im Rückgang begriffen. Aus Dirschau wird gemeldet: Das an asiatischer Cholera erkrankte Kind des Schiffers Kochanelli ist in der heutigen Cholerastation gestorben. Im Schanniter-Krankenhaus starb ein an choleraverdächtigen Geschwüren erkrankter Arbeiter. Da den Verbaht, cholerakrank zu sein, kein armer Flößer lediglich deshalb, weil die gegenwärtige Erzeugung der Lebensmittel eine Wasserversorgung her vorruft, die dem Arbeiter das Aussehen von Cholerakranken verleiht. — Aus Vandeburg q. n. B. berichtet die „Neumärkische Blg.“: Die auf den Cholera-Kontrollstationen stattfindenden ärztlichen Untersuchungen der Flößer und Schiffer, die im Freien auf dem Fahrzeuge stattfinden, erstrecken sich zunächst nur auf äußere Geschwüre und müssen möglichst billig geschehen. Sie können deshalb auch nur oberflächlich sein. Dieslegende, blaurotäuberte, eingefolge Neuseugen und Wangen sind das häufigste Merkmal, auf Grund dessen Choleraverdacht angenommen wird. Aber keine Regel ohne Ausnahme! Der inspizierende Arzt einer benachbarten Kontrollstation nahm einen etwas leidab ausschenden Flößer scharf ins Ohr und mächte Meine, ihn wegen Choleraverdachts zur Cholera-Baracke zu stecken. Er kam aber bei dem befragenden Flößer übel an. Mit lauten und scharfen Worten entgegnete der Flößer dem Arzte: „Ich habe eine Frau und 3 Kinder zu ernähren. Bei dem geringen Lohn und der augenblicklich teureren und schlechten Ernährung muß ich eben aussehen. Fleisch kann ich mir nicht kaufen. Wenn Sie sich aber überführen wollen, daß ich so gehandelt oder noch geschnauzen als Sie selbst, so reichen Sie mir einmal eine gut bezogene Schafe für stelle, dann sollen Sie sehen, wie ich aussehen kann.“ Und der Arzt war welche graug, den geplagten, vor sonst gesunden Flößer ohne sonstige Scherereien weiterzuhören zu lassen. Nun blieb wahrscheinlicher, daß der Arzt aus den bitterwohren Worten des armen Flößers die Erkenntnis gewonnen hat, daß für die deutschen Arbeiter eine schlimmere Gefahr als die asiatische Cholera der unheilige Kapitallaus ist, der durch permanente Hunger, den arbeitenden Volke die Spuren des Elendums zugleich zeigte. Wohnt er noch als die Neumärkischen Ab

Abrede stellte, wurde verhaftet und dem Untersuchungs-
gefängnis zugeschickt. Nach dreiwöchiger Untersuchungshaft
wurde der Beschuldigte dem Schöffengericht II zugeführt, das
ihn wegen Unterschlagung zu — 10 Mark Geldstrafe
verurteilte und diese Strafe durch die erlittene Untersuchungs-
haft für verbüßt erachtete. Der Angeklagte beruhigte sich
nicht bei diesem Urteil, sondern legte Berufung ein, die
numehr vor der Strafammer zur Verhandlung kam. Der
Angelaute bestritt jede Schuld, gab aber offen zu, daß er
häufig Geldbeträge an der Kasse nicht registriert habe. Dies
sei aber nur deshalb geschehen, weil er vielfach vorher ver-
schenkt einen zu hohen Geldbetrag „getippt“ habe. Den
zu übergießenden Geldbetrag habe er dann dazu benutzt,
um bei der nächsten Zahlung das entstandene Manö-
vriert aufzugleichen. Der Gerichtshof hielt diese Be-
hauptung eines bisher völlig unbescholtener Angeklagten für
glaubwürdig und erkannte auf kostengünstige Frei-
sprache.

Gehorsam&verweigerung im Kriegerverein. Ein
tragikomischer Fall von Janubordination versieht dieser Tage
das Publikum in W r i t , besonders die zahlreiche dort weni-
genden Berliner Aufzüger. In nicht geringe Hinterre-
bung. Der dortige Landwehr- und Veteranenverein war
zur Lisenparade für ein verstorbnes Mitglied zusammen-
getreten. Als nun aber — es war in der gerade sehr be-
lebten Chausseestraße — der Höchstkommandierende,
selbsts Reichs Seiffenfabrikant der Gewehrfabrik befahl,
vor die Musiz zu treten, geschah etwas Unerhörtes: die Ka-
meraden weigerten sich dem Befehl nachzukommen! Sie
wollten es nicht, weil sie früher nie vor der Musik mar-
chiert waren, und alles noch so laute und barsche Komman-
dieren des „Oberbefehshabers“ nutzte nichts, die wilder-
haargen Kameraden unter dem Gewehr behielten ihre Plätze
im Trauerzugdust bei. Aber die Strafe sollte nicht aus-
bleiben. Als die Beerdigung vorüber war und der Krieger-
verein unter lustigen Weisen vom Friedhof zurückmarschierte,
brachte plötzlich wiederum auf der Chausseestraße ein lutes
donnerndes „Bataillon halt!“ den kommandierenden Herrn
die allen Landwehrleute und Veteranen zum Stehen; das
ganze wurde in zwei Glieder geteilt, der Aufführer trat
zwischen sie, und nun erfolgte vor versammelter Mannschaft
und in Anwesenheit eines zahlreichen Publikums eine furch-
tbare Strafspredigt an die rebellischen „Kameraden“, so daß
ihnen noch lange die Ohren glichen werden, die Zuschauer
sich aber vor Lachen schlüpfen. Dabei schüttelte der zür-
nende Kommandeur mit dem blanken Degen dem Gehorsam-
verweigerern so dicht vor dem Gesicht herum, daß sie die
Angst um ihre Nasenspitzen bekamen. Es ist ihnen aber
gar nicht geschehen; denn Strafe muß sein. . . . Hier nach
ward der Marsch ins Berliner Stadion ohne weiteren Zwischen-
fall fortgesetzt.

Igel als menschliche Nahrung. Wohl infolge der Fleischzüchterung fühlt sich in letzter Zeit in Soest eine ganze Gesellschaft, Käkalein und Weiblein, veranlaßt, Jagd auf Igel zu machen. Die Gegend von Hüttrop, Destedthausen und Broichhausen liefert den eigenartigen Färgen reiche Beute. Das Fleisch dieses Wildstieres soll, wie das Kreisblatt versichert, äußerst schmeckhaft und dem des Kalbfleisches ähnlich sein. — Wenn die Kreisblattredaktion lästig sich von Igeln ernähren will, wird niemand etwas dagegen haben! Die Arbeiter aber verzichten dankbar auf dieses „Nahrungsmittel“!

Ein Grautümensch. Folgenden Herzenderguß eines in seinem Besitzrecht durch nachstehste Lautsinger schmer gebänderten Mannes finden wir im Füsseitateil des „Niederbarnimer Anzeigers“:

„Allen Spießbuben,
die sich in diesem Sommer mehr als erwünscht für meinen
Garten interessiert haben, zur geselligen Kenntnis, daß der-
selbe nun vollkommen abgeertet ist und weitere nächtliche
Besuche zwecklos sind.

Ich möchte nicht unterlassen, schon heute den Spießbuben
auf zu legen, sich im nächsten Jahre ein anderes Feld für
die betriebsliche Tätigkeit aufzusuchen, da ich alsdann durch
sondere Schutzmaßnahmen und unermüdliche Strenge solchen
Leben werde zu begegnen wissn.

Spiere macht sie auf den ersten Blick kenntlich, und die Kunstfertig auf diesen wird gut genug bewacht, ein Deserteuren unmöglich zu machen. Fest und eisern liegen sie da, die ähne wellend, und über die Härgmattheit hinaus wischen die Mützen manch' schrägläufig verlängenden Blick nach innen, dem Gold entgegen und an ihnen vorbeschließenden grünen.

Niedere, flache Ufer hier überall, und nur im Hinter-
grund die grünen Berge. Dort räubern wir uns auch den
Berg nicht so weit von einander entfernt liegenden Mündungen
der beiden Hauptströme Kaliforniens, von denen der Salra-
mento vom Norden durch waldloses Tafelland, der San Joa-
quin von Süden durch dichten Wäldersumpf die Val erreicht.
Von Sacramento schlängeln weiter oben Kiefer- und Cedern-
wälder unten Eichenwälder ein, der San Joaquin aber, wie er
die Berge verlässt, streift sich im Gedränge, in unzähligen
Windungen durch den weiten Sumpf. Schon in großer
Entfernung sieht man die kleine Kleinstadt Stockton vor sich liegen,
wie eine Schlange windet sich der schmale Fluss jetzt
links, jetzt rechts ab, jetzt einmal gerade darauf zu und dann
wieder plötzlich, als ob er sich eines Besseren besonnen hätte
und lieber wieder in die Berge zurückkehren wolle. Alles
dies scheint er hier in die Blumen gesprungen zu sein und
ist total verschwunden zu haben.

Und wie blebt der Strom! Dampfboote begegnen sich an Stellen, wo sie in dem schmalen Fahrwasser einander ausweichen können, und Schooner und Räder suchen zwischen hin, jetzt mit geblähten Segeln, wo ihnen die Regung günstig ist, jetzt mit Stangen und Tauen Stromaufingen, oder haben auch ger gankert, um die wiederkehrende Stütze abzuwarten; nur die Boote rudern rüftig weiter und Leute legen sich särfer in die Ruder, um so mehr Breitze zu damit überholen zu können. (Fortsetzung folgt.)